

# DKP-Dokumente

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Verlagspreis monatlich bei Daus 2 RM. (halbjährlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. ohne  
Gebührenabzug. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft im b. g. Dresden-2. Reichsbahnstelle u. Expedition  
Oberbahnhofstr. 2 / Chemnitzer 1729 / Postleitziffer: Dresden Nr. 15690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Gesellschaft, Dresden-2. Oberbahnhofstr. 2 / Chemnitz. Am Dresden Nr. 1729 / Drahtanwaltschaft. Arbeit  
zum Preis Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr außer Dienstag u. Donnerstag

Abonnementpreis: Die einmal geplante Monatszeitschrift oder deren Raum 0.35 RM. für Familien  
mit einem 0.20 RM. für die Abonnements anfänglich an den dreitägigen Teil einer Tageszeitung 1.50 RM.  
Wochen-Ausgabe wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2. Oberbahnhof-  
strasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen Geschäften  
deutsch besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 16. März 1928

Nummer 65

## Stresemann treibt zum Bruch Die Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion abgebrochen

Gesteigerte Hebe der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse gegen die Sowjetunion  
Deutschland im Dienste der imperialistischen Kriegstreiber

### Die Kriegsrüstungen der Reichswehr

Ullagerrede des Genossen Schneller — Einheitsfront von  
den Deutschnationalen bis zur SPD für Freiheit und keine  
Reichswehr

Berlin, 15. März

In der Reichstagsrede vom Donnerstag hielt  
der Genosse Schneller eine großangelegte Ullagerrede  
gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen der Deutschen  
Reichswehr und enthielt an hand umfangreichen Materials  
die Meinung Böters und Greener.

#### Rede des Genossen Schneller:

Im vergangenen Jahre sind in Deutschland und den übrigen  
imperialistischen Ländern der Arbeiterschicht deutlich erkennbar,  
imperialistische Rüstungen durchgeführt worden, die unzweck-  
mäßig mit der britischen Offensive gegen die Sowjetunion zu-  
sammenhängen. Zugleich hat sich der Völkerbund härter als  
bisher als ein Instrument zur Einführung der Sowjetunion und  
der internationalen imperialistischen Auseinandersetzung bemerkbar ge-  
macht. Alle die Übungsrüstungen mit ihren Sicherungs-  
einheiten dienen lediglich der Verschärfung der Ziele des  
Kapitalismus. Die Übungsrüstungen der Sowjetunion in  
England begegnen eisigen Wahlen und höhnischer Ablehnung bei  
den imperialistischen Deutschen. Übungsrüstungen bestreben  
sich lediglich Freiheit der Auseinandersetzung. Sehr offen hat das  
Reichswehrminister Greener am 29. Mai 1927 in der Deut-  
schen Allgemeinen Zeitung gelegt:

„Die deutsche Politik wird aus den Anstrengungen der  
Franzosen den Schluss ziehen, daß es ihre wichtigste Aufgabe ist,  
dem deutschen Volke die Freiheit seiner Landesverteidigung  
wieder zu verschaffen.“

Derkell Greener forderte im Auslauß die Schaffung einer  
internationalen Konstitution, die die Bindungen des Versailler  
Vertrages aufhebe. Das ist der klare Kurs des deutschen Im-  
perialismus.

Die starke Töne, die Greener für den Kampf gegen die  
„illegalen Selbständigkeit“ gefunden hat, bedeuten den Plan  
auf illegalen Wege unter Nutzung des imperialistischen West-  
mächte, die Aufrüstung fortzuführen.

Der Wehrstat ist von 1924 bis 1928 von 455 Millionen  
auf 705 Millionen gestiegen!

Von den reichseligen Ausgaben der Reichsregierung in  
Jahre von 1,7 Milliarden Mark nimmt der Reichswehrstat 40  
Prozent in Auftrag. Der Prozentsatz erhöht sich auf 45, wenn  
man die Rüstungsausgaben in anderen Haushaltsspitzen be-  
rücksichtigt. Da sind 10 Millionen für Umstellung der Rüstungs-  
industrie, 30 Millionen für Pensionen an ehemalige Reichswehr-  
angehörige, mindestens 30 Millionen von den 55 Millionen für  
Rüstung, so daß 783 Millionen für Rüstungswende aufgewandt  
werden. Demgegenüber ist der Sozialstaat vom Jahre 1925 bis  
1928 von 1100 Millionen auf 533 Millionen gesunken, 1929  
hört bei den Kommunen.

Während für soziale Zwecke kein Geld zur Verfügung steht,  
werden für neue Panzertruppen in den nächsten Jahren ins-  
gesamt gegen 500 Millionen angefordert werden.

Die Beanstandung der 81 Millionen für Waffen und Mu-  
tition, der 53 Millionen für sonstige Kriegsgerüste, der 21 Mil-  
lionen für Kriegsübungen, Wände usw. wurde vom Minister  
mit der Erfahrung abgelehnt: „Für den Krieg bin ich verant-  
wortlich!“ 40 Prozent aller Mittel sind übertragbar. Auf diesen  
Zwecken beruhen die genannten illegalen Selbständi-  
gkeiten. Um sich populär zu machen, erklärt Greener, mit dem  
ganzen bishörigen System, mit der Weltbeule von Wirkhand-  
lungen, der Seldschordreue usw. aufzräumen zu wollen. Diese  
starke Ausdrücke nehmen mir nicht ein. Wir Kommunisten  
sehen in solchen Erklärungen nur die veränderte Situation, die  
der Reichswehr die Möglichkeit größerer Legalität der  
Rüstungen gibt.

Das beweisen die Tatsachen. 1923 hat die KPD das Be-  
fehlen der Schwarzen Reichswehr zur Sprache gebracht. 1924,  
1925 und 1926 demonstrierte Herr Gehler alle Entführungen, 1927,  
beim Treidom-Prozeß, wird endlich die Eigensinn der Schwarzen  
Reichswehr zugegeben. Genau so ist es beim Phoebus-Standart.  
Dort werden die Entführungen der KPD für erstanden bezeichnet,  
wobei der sozialdemokratische Geschäftsführer Hermann Müller  
grinsen, ehrig mißt. Wir haben vor langem über die Waffen-  
kosten des Herrn Lohmann in Großbritannien Auflösung ge-  
geben. Die Beschlüsse wurden natürlich sofort wegen Landes-  
und Hochverrat beschlagnahmt. Das Ministerium spricht sich  
jetzt von einer kommunistischen Höflichkeit verabschiedet. Die Tägliche  
Auflösung erklärt, alle Einzelheiten über Phoebus seien bekannt.

## Nach englischem Muster

Berlin, 16. März (Sig. Druckericht)

Selbst dem Tage, an dem die Nachricht über die Verhaftung der  
deutschen Agenten in Donez-Beden hier eintraf, hat sich die  
Sage der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse gegen die  
Sowjetunion von Tag zu Tag gezeigt. Unter dem Druck dieser  
Sage, die von russischen interessierten Kapitalistengruppen in  
Szene gelegt wurde, um auf die zur Zeit in Berlin stattfindenden  
deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen einen bestimmten  
Druck auszuüben, hat jetzt, nachdem diese Sage nicht den erhofften  
Erfolg hatte, doch zu einem „Erfolg“ geführt.

Das Bürgerblattabonnement hat sich in seine geistige Sitzung  
mit der Verhaftung der Agenten in der Sowjetunion  
beschäftigt und hat den Bruch gelöst, die gegenwärtig in Berlin  
gelösten Wirtschaftsver-  
handlungen abzubrechen und nicht eher wieder  
anzunehmen, bis in der Frage der Verhaftung  
der Agenten eine „Führung“ eingetreten sei.

Stresemann hat gestern noch die Kabinettssitzung eine  
Unterredung mit dem Berliner Posthalter der Sowjetunion,  
dem Genossen Bernhard, gehabt, in der er diesen von den Be-  
hauptungen des Bürgerblattabonnements in Kenntnis setzte. Stresemann soll  
so melden heute morgen die bürgerliche Presse, mitgeteilt  
haben, daß die deutsche Regierung verlangt, daß die Verhafteten  
nicht abgeschlossen bleiben, sondern daß es ermöglicht werde, mit  
ihnen in Verhandlungen einzutreten. Weiter soll Stresemann  
dem Posthalter der Sowjetunion die Forderung übermittelt  
haben, daß über die von den russischen Stellen erhobenen An-  
klagen ins einzelne gehende Erklärung gegeben werde. Den Ber-  
liner Morgenblättern zufolge ist der deutsche Posthalter in Mos-  
kau beansprucht worden, die Sowjetunion um sofortige und  
eigene Auflösung darüber zu bitten, welche konkreten Verhand-  
lungen gegen die Verhafteten erhoben werden. Ferner soll dem  
deutschen Generalstab in Charkow gestattet werden, die Ver-  
hafteten zu besuchen.

Die gesamte kapitalistische Presse begrüßt den Bruch der  
deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen mit großem  
Zubel. Während sich die übrigen Länder in verschiedenen  
Erklärungen gegen die Sowjetunion erachten, fordert die Deutsche  
Zeitung offen den Bruch der Beziehungen Deutschlands zur  
Sowjetunion nach dem englischen Vorbild. Selbstverständlich

ist bei dieser neuen Unionszeitung auch das sozialdemo-  
kratische Zeitalter von heute morgen  
geblieben.

„Wir haben weiter nichts zu erklären, als daß wir die  
Erfahrung Stresemanns und die Weimarer  
des Reichskabinetts billigen. Eine sozialistische  
Regierung hätte auch in diesem Falle nicht anders hand-  
eln können... Das gesamte deutsche Volk billigt die  
Maßnahmen der Regierung.“

Die ausländische kapitalistische Presse ist von diesem Vor-  
gehen der Bürgerblattregierung begeistert. Was die englische  
Regierung von dem Bruch der deutsch-russischen Wirtschaftsver-  
handlungen erhofft, liegt der Daily Telegraph, der in diesem  
Konflikt bereit „Anzeichen für eine wesentliche Veränderung der  
Politik des Augenblicks Moskau gegenüber“ erblickt.  
Das Blatt will die Haltung Deutschlands gegenüber der Sow-  
jetunion besonders, indem es von „verdeckter Solidarität  
Deutschlands gegenüber den Westmächten“ spricht.

In den Tod der Weimarer des Bürgerblattabonnements und die  
entschuldigte Haltung Stresemanns werden in der gesamten  
konträren Presse gelobt. Die Rote Fahne erklärt, daß  
es „ihm um ein abgekettetes und seit langem vorbereitetes Spiel  
Stresemanns“ handelt. Die Verhaftung der Sabotage des sozia-  
listischen Aufbaus ist nur der Vorwand Deutschlands, sich offen  
in die Front des Imperialismus einzugliedern. Dass die Maß-  
nahmen der Bürgerblattregierung in engstem Kontakt mit Chamberlain  
und Briand getroffen worden sind, ist nicht zu bezwe-  
ifeln. Diese Aussage wird besonders durch die Tatsache be-  
stätigt, daß Stresemann von Genf abreiste, noch bevor Litwinow  
und die übrigen russischen Diplomaten zu den weiteren Ver-  
handlungen dort eintrafen. Gleichzeitig aber wurde bekannt, daß  
Stresemann eine Begegnung mit Briand hatte, bei der man  
ihm mit dem Ostproblem beschäftigte. Selbstverständlich be-  
streitet die bürgerliche Presse ein Zusammenarbeiten Stresemanns  
mit Chamberlain und Briand.

Der Bruch der Wirtschaftsverhandlungen ist ein weiteres  
Glied in der Kette der imperialistischen Anschläge auf die Sow-  
jetunion. Die Rätselacht wird sich auf keinen Fall deswegen  
davon abhalten lassen, den konsequenten Weg des Kampfes und  
der Vertreibung aller Sabotate des sozialistischen Aufbaus  
weiterzugehen.

Fronten liegt der Unterausdruck unter Aussicht der öffent-  
lichen.

Die Phoebus-Geschichte ist dabei nur ein geringer Teil aus  
dem großen Komplex der Geheimrüstungen. Bei den Schwarzen  
Reichswehr hatte man die Schulz, Klaproth, Fuhrmann und  
Königlicher Straße, Unger u. Co., Schönhausen, Goeth u. Zimmer,  
Viers, Metzanth, Falus und andere sind mit diesem Verfahren  
besonders vertraut. Das Bureau Koch u. Kienzle arbeitet mit  
Major Grenzer und Baurat Konrad eng zusammen, die  
in der Inspektion für Waffen und Gerüste im Reichswehrmini-  
sterium tätig waren. Zweifellos gibt es noch eine Reihe von  
weiteren Betrieben, die der imperialistischen Ausrüstung Deutsch-  
lands dienen.

Mit Hilfe der Lohmann und Co. und seiner Organisationen  
werden Umstellungen von Industrien auf die Herstellung von  
Kriegsmaterial angebahnt. Es gibt ungefähr 30 verschiedene  
Gesellschaften für diese Zwecke. Das Konsortium für Motori-  
sierung der Landwirtschaft bezeichnet die Zusammenarbeit des Er-  
nährungsministeriums mit dem Reichswehrministerium. Die  
Ausbildung von Traktorenführern geht unter Leitung ehemaliger  
Traktorführer vor sich.

In den letzten Jahren sind 21 Millionen Mark in die  
Traktorenindustrie gestellt worden. Zwei Traktoren-  
typen werden gebaut, darunter ein Typ, der in einen  
Ein-Mann-Tank nach englischem Muster umgebaut  
werden kann.

Da ist eine Studiengesellschaft „Das Flugzeug in der  
Produktion“ mit Kapitän Lohmann als Reichswehrvertreter.  
Neben dieser Studiengesellschaft wurde die Verbindung  
mit den Capri-Werken und den Heinkel-Werken aufgenommen.  
Die Bayerischen Motorenwerke und Rohrbach hatten die Flug-  
zeuge mit MS-Jäfern aus, damit mit Leichtigkeit Maschinen-  
gewehre eingesetzt werden können. Es finden Übungen mit  
Maschinengewehren und Flugzeugen statt. Da ist der Unter-  
ausschuß des Reichsausschusses für Normung mit  
einem Bureau des Reichsverkehrs- und Reichswehrministeriums  
in der Margaretenstr. 9 mit 100 Angestellten, das den Roman  
„Koch u. Kienzle“ führt. In diesem Bureau sind die technischen  
Ergebnisse in Bezug auf Flugzeug- und Geschützbau niederge-  
legt. In Verbindung mit dem Bureau ist das Spritzgußver-  
fahren ausprobiert worden, wodurch bei gleicher Produktivität

Granatländer in einem Arbeitstag hergestellt werden können.  
Große Firmen, wie AEG, Siemens, Voewe, Bergmann, die Roh-  
stoffwerke, Sch. Hartmann, die Hartigguß-A.G., Riebe, Bauer,  
Königlicher Straße, Unger u. Co., Schönhausen, Goeth u. Zimmer,  
Viers, Metzanth, Falus und andere sind mit diesem Verfahren  
besonders vertraut. Das Bureau Koch u. Kienzle arbeitet mit  
Major Grenzer und Baurat Konrad eng zusammen, die  
in der Inspektion für Waffen und Gerüste im Reichswehrmini-  
sterium tätig waren. Zweifellos gibt es noch eine Reihe von  
weiteren Betrieben, die der imperialistischen Ausrüstung Deutsch-  
lands dienen.

Waffenlieferungen sind in großer Anzahl erfolgt. Die Schie-  
ßen nach China wurden zwar offiziell bestritten; trotzdem  
hat man Hamburger Reederei direkt angewiesen, die Waffen-  
lieferungen einzustellen. In Kiel wurden Waffenlieferungen zu-  
nächst demontiert, und dann als Schrott an eine Waffenliefer-  
firma der Reichswehr beigegeben. In der Marzoefffare fanden  
Waffenlieferungen der Reichsmarine in Gefahr, von einer anderen  
Macht beschlagnahmt zu werden; durch Eingreifen Englands  
wurden die Waffenlieferungen wieder freigegeben. Auch die

Eggenburg gehörte Waffenlager

wurde oft genug energisch bestritten. Vor einem Jahre haben  
zum Beispiel mehrere Reichswehrkompanien in Potsdam einen  
großen Kahn mit Waffen beladen, das wurde demontiert. In  
leichter Zeit legte wieder ein mit Waffen beladener Kahn noch  
an Grundstück eines Stahlhülfers an. Auf Veranlassung  
einer republikanischen Stelle wurde die Berliner Polizei zur Be-  
schlagnahme ausgesandt. Die Reichswehr verhinderte das und  
erklärte die Waffen für Reichswehrwaffen. In der Münchner  
Johanniskirche wurde ein riesiges Waffenlager entdeckt; erst  
wurde demontiert, dann die Waffen als Haspel bezeichnet.  
In der Sachheimer Kirche in Ostpreußen haben bis 1926 Waffen-  
lager bestanden, die im Februar 1926 auf verschiedene Güter  
verpachtet wurden, aber heute noch als Reichswehrwaffen bezeich-  
net werden.

Die Internationalisierte Kommission hat 1925 bei der Firma Rod-  
stroh 250 Geschützrohre beschlagnahmt (die Reichswehr besitzt nur  
319 Geschützrohre). Bei Schlesien in Elbing wurden Geschützrohre